

Neue Literatur zu Problemen der Industrialisierung und der nachholenden Entwicklung in den Ländern der europäischen Peripherie

Von HOLM SUNDHAUSSEN (München)

Im Mittelpunkt entwicklungspolitischer Diskussionen im Westen standen über Jahrzehnte hinaus verschiedene Versionen der „Modernisierungstheorie“, deren Vertreter sich auf die historischen Erfahrungen „Europas“ im allgemeinen und die Englands und der USA im besonderen beriefen und daraus ein universal gültiges Interpretationsraster für die Entwicklung zur „Moderne“ ableiten wollten¹). In der Konfrontation mit den Entwicklungsproblemen der Dritten Welt zeigte diese Theorie jedoch ihre offenkundigen Schwächen, so daß sich seit Ende der 60er Jahre mit der „Dependenz-Theorie“ und der „Theorie des peripheren Kapitalismus“ ein Paradigmenwechsel in der Entwicklungsforschung abzeichnete²). Diese neuen Ansätze wurden ihrerseits sehr bald verallgemeinert und zu einer Theorie der „kapitalistischen Akkumulation im Weltmaßstab“ (Samir Amin) bzw. zum „kapitalistischen Weltsystem“-Konzept Immanuel Wallersteins ausgebaut³). Während die verschiedenen Varianten der „Modernisierungstheorie“ eurozentrisch — genauer gesagt: auf Westeuropa und die europäischen Siedlerkolonien in Übersee, vor allem in Nordamerika — orientiert

¹) Zu den Theorien und ihrer Problematik vgl. Peter Flora, *Modernisierungsforschung*. Opladen 1974; Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*. Göttingen 1975; Hugo S. Maurilla, *Entwicklung als Nachahmung*. Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung. Meisenheim am Glan 1978.

²) Vgl. stellvertretend André Gunder Frank, *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt a.M. 1969; Aidan Forster-Carter, *From Rostow to Gunder Frank: Conflicting Paradigms in the Analysis of Underdevelopment*, in: *World Development*, Bd. 4/3 (1976), S. 167—180; Gabriel Palma, *Dependency: A Formal Theory of Underdevelopment or a Methodology for the Analysis of Concrete Situations of Underdevelopment?*, *ibidem*, Bd. 6 (1978), S. 881—924.

³) Samir Amin, *L'accumulation à l'échelle mondiale*. Paris 1970; André Gunder Frank, *L'accumulation mondiale, 1500—1800*. Paris 1977; Immanuel Wallerstein, *The Modern World System*. Bd. 1, New York 1974, Bd. 2, New York 1980. In Ungarn wurden diese Ansätze aufgegriffen von Tamás Szentés, *Az elmaradottság és fejlettség dialektikája a tőkés világgazdaságban*. Budapest 1976.

waren, leiteten die Vertreter der Gegenmodelle ihre Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen und Fehlentwicklungen der Dritten Welt ab. Diese Polarisierung blendete das breite Spektrum unterschiedlicher Entwicklungsverläufe innerhalb Europas aus der Diskussion fast vollständig aus. Aber gerade auf dieser „bemerkenswerten Vielfalt“, so betont Dieter Senghaas in seiner 1982 veröffentlichten Studie „Von Europa lernen“, beruhe die „entwicklungstheoretische Faszination“, die von einer erneuten Beschäftigung mit dem „alten Kontinent“ ausgehen könne⁴): „Gleichzeitig mit dem Entstehen hochindustrialisierter Gesellschaften, die sich innerhalb von Jahrzehnten schrittweise industrialisierten (fast alle OECD-Gesellschaften), kam es zur Herausbildung typischer Exklaven-Ökonomien oder Peripherien, vor allem in Süd-, Süd-Ost- und Ost-Europa sowie in Irland; daneben existierten noch, wie in weiten Teilen des Balkans bis in das frühe 20. Jahrhundert, rückständig-unentwickelte Gesellschaften (z.B. Albanien). Binnendynamisch angelegte Entwicklungswege finden sich Seite an Seite mit exportorientierten; manche Länder verfügten über eine reichliche, andere nur über eine äußerst kärgliche Ressourcenausstattung, ohne daß sich von solchen unterschiedlichen Ausgangslagen Entwicklungserfolge oder -mißerfolge eindeutig herleiten ließen. Europa bietet nicht nur Anschauungsmaterial für kapitalistische Entwicklungswege, sondern auch für peripher-kapitalistische und, seit diesem Jahrhundert, für sozialistische⁵).“

Dem vielfach kritisierten eurozentrischen Denken, das die Funktionsmechanismen der industriellen „Vorreiter“ zu einem „Modell für einen alternativlos geltenden Entwicklungsverlauf“ überhöhte und daraus entwicklungspolitische Strategien für immer noch agrarlastige Gesellschaften ableitete, setzt Senghaas einen grundlegend modifizierten „Eurozentrismus“ entgegen, der gerade die Erfolge oder Mißerfolge der europäischen „Nachzügler“ in den Mittelpunkt der Analyse stellt und dabei noch den Vorteil der historischen Perspektive für sich hat. „Suchen wir nach den wirklichen Ursachen, Quellen und Bedingungen für offenkundige Veränderungen von gesellschaftlichen Mustern und Strukturen“, schrieb Robert Nisbet bereits 1969, „dann müssen wir uns an die Geschichte und nur an die Geschichte halten. Entgegen der herkömmlichen Weisheit in der modernen Gesellschaftstheorie, werden wir die Erklärung für sozialen Wandel nicht in jenen Untersuchungen finden, die von der Geschichte abstrahieren ...“⁶) Dies gilt für den gesellschaftlichen wie für den ökonomischen Wandel gleichermaßen.

Im selben Jahr, in dem Senghaas seine Arbeit veröffentlichte, erschien aus der Feder von Iván Berend und György Ránki eine Untersuchung, die ebenfalls der vergleichenden Entwicklungsproblematik in den europäischen Rand-

⁴) Dieter Senghaas, Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt: Suhrkamp 1982, 355 S. (edition suhrkamp. 1134, N.F. 134.).

⁵) Ibidem, S. 8.

⁶) Robert A. Nisbet, Social Change and History. New York 1969, S. 302f., zit. nach Immanuel Wallerstein, Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse, in: Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, hrsg. von Dieter Senghaas, Frankfurt a.M. 1979, S. 32.

ländern gewidmet ist: „The European periphery and industrialization 1780—1914“⁷⁾). Anders als Senghaas, der auch die nachfolgende Zeit behandelt, außerdem stärker typologisch arbeitet und wiederholt außereuropäische Beispiele in seine Darstellung einbezieht, beschränken sich die beiden ungarischen Wirtschaftshistoriker auf die komparative Untersuchung der unterschiedlichen Entwicklungsverläufe in Nord-, Ost-, Südost- und Südeuropa von den Anfängen der industriellen Herausforderung durch Westeuropa bis zum Beginn des 1. Weltkrieges.

Diesen beiden vergleichend angelegten Studien sollen anschließend zwei detaillierte Darstellungen über die industrielle Entwicklung Serbiens im 19. Jahrhundert von Nikola Vučo und über die Wirtschaftsgeschichte Bosniens und der Hercegovina 1878—1918 von Ferdinand Hauptmann gegenübergestellt werden⁸⁾. Dabei ist zu fragen, inwieweit die Forschungsergebnisse von Vučo und Hauptmann die zwangsläufig verallgemeinernden Aussagen von Senghaas und Berend/Ránki bestätigen oder widerlegen, ferner: inwieweit die komparative Methode und die Wahl des „tertium comparationis“ auf der einen bzw. der Verzicht auf einen vergleichenden Bezugsrahmen auf der anderen Seite zu unterschiedlichen — und möglicherweise entgegengesetzten — Bewertungen historischer Prozesse führen können. Die Frage z.B., ob es in den Balkanländern im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und den ersten anderthalb Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts einen „Modernisierungsprozeß“ gegeben habe oder nicht, hat sehr kontroverse Antworten gefunden. In einem Beitrag für den 1982 veröffentlichten Sammelband „Der Berliner Kongreß“⁹⁾ vertritt Ránki mit Nachdruck die These, daß die Balkanländer (Griechenland, Rumänien, Serbien und Bulgarien) in der fraglichen Zeit nicht aus ihrem „präindustriellen“ Zustand ausbrechen konnten bzw. daß die Züge ihrer zurückgebliebenen Wirtschaftsstruktur nur noch weiter „konserviert“ worden seien. Sofern überhaupt von Verände-

⁷⁾ Iván T. Berend — György Ránki, *The European periphery and industrialization 1780—1914*. Budapest: Akadémiai Kiadó 1982, 180 S. Diese Arbeit erschien zugleich auch bei der Cambridge University Press, Cambridge und der Maison des Sciences de l'Homme, Paris in der Reihe: *Studies in modern capitalism — Études sur le capitalisme moderne*.

⁸⁾ Nikola Vučo, *Razvoj industrije u Srbiji u XIX veku*. Beograd: Srpska akademija nauka i umetnosti 1981, XI, 450 S., 70 Abb. (Srpska akademija nauka i umetnosti. Posebna izdanja. 533. Odeljenje istorijskih nauka. 7.) und Ferdinand Hauptmann, *Die Österreichisch-Ungarische Herrschaft in Bosnien und der Hercegovina 1878—1918*. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung, Graz: Institut f. Geschichte der Universität Graz, Abt. Südosteuropäische Geschichte 1983, 274 S. (Zur Kunde Südosteuropas. II/12). Das Buch ist im Handel nicht erhältlich. Die serbokroatische Originalfassung des Werkes erscheint in Bd. 4 der „Istorija Bosne i Hercegovine“ der Akademie der Wissenschaften in Sarajevo.

⁹⁾ *Der Berliner Kongreß von 1878. Die Politik der Großmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, hrsg. von Ralph Melville und Hans-Jürgen Schröder, Wiesbaden 1982.

rungen gesprochen werden könne, handle es sich im wesentlichen um Phänomene einer „symbolischen Modernisierung“¹⁰). Demgegenüber behaupten Nicolas Spulber, Vučo u. a., daß die südosteuropäischen Länder zwischen 1860 und 1914 ein „bedeutendes ökonomisches Wachstum“ zu verzeichnen gehabt hätten¹¹). Vučo ging sogar so weit, von einer „industriellen Revolution“ zu sprechen¹²), also das genaue Gegenteil von dem zu behaupten, was Ránki mit seiner These von der präindustriellen Stagnation vertritt. Diese divergierenden Aussagen gehen nur z.T. auf das unterschiedliche Datenmaterial und dessen Interpretation¹³), zum anderen — und wohl größeren — Teil auf die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe zurück. An späterer Stelle wird auf diese Problematik noch einmal kurz einzugehen sein.

Im Zentrum der komparativen Untersuchungen von Senghaas und Berend/Ránki steht die Frage nach den unterschiedlichen Reaktionsweisen der weniger entwickelten Länder Europas auf den von der „dualen Revolution“ im Westen

¹⁰) György Ránki, Die ökonomische Entwicklung auf dem Balkan in den 1870er Jahren. Die ersten Wirkungen der westlichen industriellen Revolution, — in: *ibidem*, S. 17—28, insbes. S. 24—26. Mit dem Begriff „symbolische Modernisierung“ bezieht sich Ránki auf John K. Galbraith, *Economic Development*. Boston 1964, S. 51.

¹¹) Nicolas Spulber, Changes in the economic structures of the Balkans, 1860—1960, in: *The Balkans in Transition. Essays on the development of Balkan life and politics since the eighteenth century*. Ed. by Charles and Barbara Jelavich, Berkeley, Los Angeles 1963, S. 348. Zu Vučo s. Anm. 12.

¹²) Nikola Vučo, Industrijska revolucija u jugoslovenskim zemljama (Teze za diskusiju), *Acta historico-oeconomica Iugoslaviae*, 1 (1974), S. 12 ff. und *idem*, Pogled na industrijsku revoluciju u Srbiji u XIX veku, — in: *ebda.*, S. 79 ff.

¹³) Während Spulber, Vučo u. a. ihre Argumente aus der Untersuchung einzelner industrieller Branchen, aus den Veränderungen des Außenhandelsvolumens, der Güterstruktur, des Imports von Investitionsgütern etc. beziehen, stützt sich Ránki auf die hochaggregierten Daten des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung bei P. Bairoch, *Commerce extérieur et développement économique de l'Europe au XIXe siècle*, Paris 1976, S. 279 und *idem*, Europe's Gross National Product: 1800—1975, *The Journal of European Economic History*, Vol. 5, No. 2, 1976. Diese Daten wurden unter Zugrundelegung einer geschätzten präindustriellen Wachstumsrate aus späteren Erhebungen extrapoliert. Ihre Aussagekraft — vor allem hinsichtlich der unterentwickelten Länder — ist nicht nur problematisch (wie auch Berend/Ránki, S. 13f. einräumen), sondern äußerst fragwürdig. M.E. muß die Fehlerquote dieser Daten auf $\pm 20\text{--}40\%$ angesetzt werden. Hinzu kommt, daß die Aggregation von Daten (so sinnvoll und notwendig sie in vielen Fällen auch zweifellos ist) dank ihres zwangsläufig nivellierenden Charakters sektorale Entwicklungen zudeckt oder einebnet und damit gerade für die Analyse unterentwickelter Länder in der Brauchbarkeit eingeschränkt wird.

seit Ende des 18. Jahrhunderts ausgehenden „Peripherisierungsdruck“. Dabei handelte es sich nicht nur — wie Berend und Ránki zu Recht betonen — um eine ökonomische Herausforderung. „The challenge of the West ... was a decisive one from the point of view of military and political power as well. Failure to respond was not simply an economic opportunity missed, but the nation's very existence at stake¹⁴).“

Die vergleichende Betrachtung macht deutlich, daß Erfolg oder Mißerfolg nachholender Entwicklung nicht durch die Einbeziehung des jeweiligen Landes in die Weltwirtschaft vorausbestimmt wurde. „We find that although the process of integration into the world economy was, by its very nature, an unequal one whenever unequal partners met, it did not preclude the possibility of — unequal — development. The integration of a more backward country did not necessarily and in all cases lead to its ‚peripherization‘; nor, however, was it necessarily an opportunity for catching up¹⁵).“

Gewiß trifft zu, daß „die häufigste Reaktion auf drohende Peripherisierung ... eine tatsächliche Peripherie-Entwicklung“ war¹⁶). Aber dies stellte durchaus keine „system“-bedingte Zwangsläufigkeit dar, wie Wallerstein und die ihm folgenden Verfechter der „Weltsystem“-Theorie glauben machen wollen¹⁷). Die kapitalistische Weltökonomie läßt sich eben nicht als ein „Nullsummenspiel“ interpretieren, und der Aufstieg einer Gesellschaft zu einem kapitalistischen Kernland (Metropole) bedeutete nicht zwangsläufigerweise den Abstieg einer anderen Gesellschaft zur Peripherie¹⁸). „Zwischen der Entwicklung einer Gruppe von Gesellschaften zu autozentrierten¹⁹) Industrieländern und einer an-

¹⁴) I. Berend — G. Ránki, op. cit. S. 26.

¹⁵) Ibidem, S. 160.

¹⁶) D. Senghaas, op. cit., S. 88.

¹⁷) Wallerstein versteht die Unterentwicklung eines Landes als Folge seiner Einbeziehung in die kapitalistische Weltökonomie und des „ungleichen Tauschs“ zwischen Zentren und Peripherien; vgl. u. a. Terence K. Hopkins — Immanuel Wallerstein, Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems. Entwurf für ein Forschungsvorhaben, in: Kapitalistische Weltökonomie, loc. cit., S. 158ff. u. passim. Zur bisher weder theoretisch noch empirisch befriedigend gelösten Problematik des ungleichen Tauschs im internationalen Rahmen s. Wolfgang Bärtschli — Hanns-Dieter Jacobsen, Kritische Einführung in die Außenhandelstheorie. Reinbeck b. Hamburg 1976, S. 28ff. Zur Kritik des Wallersteinschen Ansatzes vgl. u. a. Robert Brenner, Das Weltsystem: theoretische und historische Perspektiven, in: Jochen Blaschke [Hg.]: Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallerstein, „Das moderne Weltsystem“. Frankfurt a. M., New York 1983, S. 80—111.

¹⁸) D. Senghaas, op. cit., S. 218 (mit weiteren Literaturhinweisen).

¹⁹) Vgl. dazu Dieter Senghaas — Ulrich Menzel, Autozentrierte Entwicklung trotz internationalen Kompetenzgefälles. Warum wurden die heutigen Metropolen Metropolen und nicht Peripherien?, in: Kapitalistische Weltökonomie, loc. cit., S. 280—313 (mit weiteren Literaturangaben zur autozentrierten Entwicklung, darunter Wolfgang Ruß, Der Entwicklungsweg Albaniens. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung, Meisenheim am Glan 1979).

deren Gruppe zu Peripherien bestand“ — so Senghaas — „keineswegs der vom Weltsystem-Ansatz postulierte ursächliche Zusammenhang²⁰⁾.“

Ebenso nachdrücklich tritt Senghaas für die Relativierung einiger Aussagen der Dependenz-Theorie ein. „Faktoren wie eine hohe Exportquote, eine hohe Güterkonzentration des Exportwarenkorb, eine hohe Partnerkonzentration im Außenhandel bei Import und Export, ein hohes Ausmaß an Auslandsanleihen und Direktinvestitionen (Abhängigkeit vom Auslandskapital), ein hohes Ausmaß an Technologie-Import (technologische Abhängigkeit), ungünstige Austauschrelationen bei einzelnen Produkten oder in einzelnen Entwicklungsphasen (terms of trade u. a.) wurden als Ursachen von Entwicklungsblockaden bzw. einer Entwicklung zur Unterentwicklung diagnostiziert. Gesellschaften, deren Position sich innerhalb des Weltwirtschaftssystems durch solche Indikatoren beschreiben läßt, gelten als Anwärter für Peripherie-Entwicklung.“ Solche Aussagen müßten jedoch im Lichte der Ergebnisse einer historisch-vergleichenden Analyse der europäischen Randländer relativiert werden²¹⁾.

Zwar ließe sich der „Mißerfolg“²²⁾ des südosteuropäischen Entwicklungsweges im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vordergründig mit dem Begriffsapparat der Dependenz-Theorie erklären, aber die erfolgreiche nachholende Entwicklung der skandinavischen Länder sprengt ihre Explikationskraft, — wie die Arbeiten von Senghaas und Berend/Ránki in weitgehender Übereinstimmung deutlich machen²³⁾.

In beiden Untersuchungen wird anhand statistischen Materials dargelegt, daß die ökonomische Ausgangsposition der europäischen Randländer bzw. ihr Entwicklungsabstand zu Westeuropa bei Beginn des verstärkt einsetzenden Peripherisierungsdrucks in etwa ähnlich gewesen sei, ohne daß dadurch der weitere Entwicklungsweg festgelegt worden wäre. „While at the beginning of the ‘long nineteenth century’ these countries appeared as a unit in virtue of their backward and traditional economic structure when compared to the core ... by the end of the period, the similarities among them had largely ceased to exist. The Scandinavian countries had caught up, had become parts of the developed core; other countries, Italy and Hungary, but in part Russia, too, had started on the road to thoroughgoing economic change without, however, traversing it by the time the outbreak of World War I cut short the period of nineteenth century transformation. Still other countries of Southern and Southeastern Europe had hardly started on the road to change, or were bogged down at the very start²⁴⁾.“

²⁰⁾ D. Senghaas, op. cit., S. 219. Auch I. Berend — G. Ránki, op. cit., S. 8f., Anm. 4 melden Vorbehalte gegenüber Wallerstein an.

²¹⁾ D. Senghaas, op. cit., S. 219f. I. Berend — G. Ránki, op. cit., S. 118, Anm. 15 bezeichnen die Dependenz-Theorie als „zu allgemein“.

²²⁾ Vgl. dazu auch John R. Lampe, Varieties of Unsuccessful Industrialization. The Balkan States before 1914, *Journal of Economic History*, Bd. 35 (1975), S. 56—87.

²³⁾ D. Senghaas, op. cit., S. 113ff.; I. Berend — G. Ránki, op. cit., S. 135ff. u. passim. (Auf S. 135 ist bei der Drucklegung ein Teilstück des Textes ausgelassen worden.)

²⁴⁾ I. Berend — G. Ránki, op. cit., S. 159f.

Probleme der Industrialisierung und der nachholenden Entwicklung

Entscheidend für diesen unterschiedlichen Verlauf sei in erster Linie das jeweilige Binnenprofil der Gesellschaft gewesen: „Die Exportorientierung von niemals oder nicht mehr kolonisierten Exportökonomien ... determinierte während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nicht eindeutig den Weg zu erfolgreicher autozentrierter Entwicklung bzw. den Weg zur Peripherisierung. Autozentrierte Entwicklung oder Peripherisierung resultierte aus verschiedenartigen Tiefenstrukturen, d.h. aus unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen und aus unterschiedlichen Ergebnissen politischer Auseinandersetzungen zwischen überkommenen oligarchischen und den neu aufstrebenden Klassen des Bürgertums, bürgerlicher Mittelschichten und der Arbeiterschaft. Manche Entwicklungswege hätten bei anfänglich vergleichbarer Exportorientierung, aber andersartigen Ausgängen politischer und sozialer Konflikte einen durchaus anderen Weg nehmen können²⁵⁾.“ Erfolgreiche Exportökonomien — so noch einmal Senghaas — hätten mit binnendynamischen Entwicklungsgesellschaften²⁶⁾ gemeinsam, daß „auch in ihnen eine breitenwirksame Leistungssteigerung der Landwirtschaft, eine darauf aufbauende Industrialisierung und eine aus beiden resultierende schrittweise Binnenmarkterschließung zum Fundament von Entwicklung wurden“²⁷⁾.

Damit wird der Agrarmodernisierung eine zentrale Funktion in der Ausgangssituation zugewiesen. Wo eine solche Modernisierung ausblieb, kam auch die Industrialisierung nur schleppend in Gang oder geriet — über kurz oder lang — in eine erneute Entwicklungsblockade. Eine extreme Ungleichverteilung des Grundbesitzes und ein dementsprechendes Verteilungsprofil der Exporteinnahmen behinderten die Entfaltung der Massenkaufkraft und damit des Binnenmarkts im gleichen Maße wie eine allzu ausgeprägte Zersplitterung des Bodenbesitzes. Als besonders entwicklungsfördernd stellte sich der mittelgroße selbstwirtschaftende Familienbetrieb heraus, der das über Exporteinnahmen entstehende Entwicklungspotential am ehesten in ein binnenländisches Wachstum umzusetzen mußte. Die stark latifundistisch strukturierten Agrarexporteurere Ungarn und Rumänien seien dagegen nicht in der Lage gewesen, ihre Exportchancen für die eigene Entwicklung optimal zu nutzen²⁸⁾. Ungarn sei ein vorzügliches Beispiel dafür, wie oligarchische und rentenkapitalistische Klassen- und Sozialstrukturen die Entfaltung objektiv vorhandener Entwicklungspotentiale unterbinden und wie bei relativ erfolgreichen Exportaktivitäten das typische Profil des peripheren Kapitalismus entstünde²⁹⁾. Lag umgekehrt ein starkes Übergewicht der Zwergbetriebe vor, „so wurde die Entwicklungsdynamik trotz eines breit gestreuten Grundbesitzes gehemmt, weil ein zersplitterter Grund- und Bodenbesitz Überschüsse nicht zu produzieren erlaubt, deshalb unterkapitalisiert bleibt und mehr einer Subsistenzwirtschaft als einer kommerzialisierten Landwirtschaft gleicht“³⁰⁾.

²⁵⁾ D. Senghaas, op. cit., S. 220.

²⁶⁾ Zur dissoziativ-binnendynamischen Entwicklung der frühen europäischen Nachzügler (Belgien, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn) vgl. *ibidem*, S. 43 ff.

²⁷⁾ *Ibidem*, S. 220.

²⁸⁾ *Ibidem*, S. 198.

²⁹⁾ *Ibidem*, S. 200.

³⁰⁾ *Ibidem*, S. 251.

Die erfolgreiche Agrarmodernisierung hängt also nicht nur von der Sozialstruktur, sondern auch von der jeweiligen Bevölkerungsdichte ab. „In dünn besiedelten Agrarländern folgte die Agrarmodernisierung einem anderen Weg als in überbevölkerten Agrarländern³¹⁾.“ Die weiteren Ausführungen von Senghaas zu diesem Schlüsselproblem fallen allerdings allzu theoretisch und abstrakt aus. Unklar bleibt z.B., wann von Über- und wann von Untervölkerung gesprochen werden kann und welche Kriterien dieser Einteilung zugrundeliegen. Zu welchem Zeitpunkt muß das autonome Serbien, das in den 1830er Jahren für europäische Verhältnisse äußerst dünn besiedelt war, als landwirtschaftliche Überbevölkerungsregion betrachtet werden? Und wie verhält es sich mit Bulgarien oder Rußland? Schon der Begriff „Bevölkerungsdichte“ bedarf der näheren Bestimmung. Welche räumliche Einheit dient ihm als Bezugsbasis: die Gesamtfläche (einschließlich der unproduktiven Böden) oder nur die landwirtschaftliche Nutzfläche (wobei zwischen genutzter und nutzbarer Fläche noch einmal zu unterscheiden wäre)? Das Raummuster aus dicht oder weniger dicht besiedelten Gebieten läßt sich wohl kaum in einem einfachen Ordnungsschema zusammenfassen. „Es gibt zahlreiche Beispiele dafür“, schreibt der Bevölkerungsgeograph Jürgen Bähr, „daß ähnliche Dichteverhältnisse sehr unterschiedliche Auswirkungen haben und sowohl zu einer ausgesprochenen Drucksituation als auch zum Zustand der Untervölkerung führen können³²⁾.“ Neben Bodenqualität und Klima sind dabei auch der Stand der Agrartechnologie, das Bildungsniveau der Landbevölkerung und die infrastrukturellen Gegebenheiten in Rechnung zu stellen. Die von Senghaas skizzierte Typologie der Agrarmodernisierung³³⁾ vermag weder den Erfolg der dänischen noch den relativen Mißerfolg der serbischen Landwirtschaft hinreichend zu erklären, da die Dichtewerte beider Länder um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ähnlich waren und eine extreme Ungleichverteilung des Bodens in beiden Fällen fehlte.

Auch der Konnex zwischen Agrarmodernisierung und erfolgreicher Industrialisierung bedarf noch näherer Analyse. Die Aussagen von Senghaas über die latifundistisch strukturierten Agrarexporteure Ungarn und Rumänien befriedigen in dieser Form nicht, da die Entwicklung in beiden Ländern bis zum Beginn des 1. Weltkrieges sehr unterschiedliche Ergebnisse zeitigte, die durch das Senghaassche Erklärungsmodell einfach zugedeckt werden. Anders als in Rumänien bestanden in Ungarn durchaus realistische Chancen für einen Durchbruch zur „take off“-Phase, die allerdings nach Ausbruch des Krieges vorerst nicht mehr genutzt werden konnte^{33a)}. Trotz ähnlicher Agrarstruktur und trotz einer fehlgeleiteten Agrarmodernisierung in beiden Ländern entsprach nur der rumänische Weg dem Senghaasschen Paradigma, während die

³¹⁾ Ibidem, S. 75.

³²⁾ Jürgen Bähr, *Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht*. Stuttgart 1983, S. 57. Vgl. auch Heinrich Niehaus, *Über das Verhältnis von Mensch und Boden in entwickelten und unterentwickelten Ländern*, in: *Agrarwirtschaft und Agrarpolitik*, hrg. von E. Gerhardt u. P. Kuhlmann. Köln, Berlin 1969, S. 326—345.

³³⁾ D. Senghaas, *op. cit.*, S. 75 ff.

^{33a)} Vgl. dazu u.a. Andrew C. Janos, *The Politics of Backwardness in Hungary, 1825—1945*. Princeton, N.J. 1982, S. 149 ff.

ungarische Entwicklung einer zusätzlichen Erklärung bedarf (die möglicherweise gerade in den — von Senghaas allzu flüchtig beiseitegeschobenen — kulturellen Rahmenbedingungen zu suchen ist)^{33b)}.

Nur dort jedenfalls, wo die Industrialisierung der Agrarmodernisierung zu Hilfe kam (und umgekehrt), konnte unter den Voraussetzungen eines beschleunigten Bevölkerungswachstums eine Entwicklungsblockade verhindert werden. Der Zeitfaktor spielte dabei in mehrerer Hinsicht eine bedeutsame Rolle: Zunächst ist davon auszugehen, daß die Bevölkerung in den europäischen Randländern im 19. Jahrhundert fast ebenso schnell wuchs wie in den hochentwickelten Staaten³⁴⁾. Je mehr sich demzufolge die Entfeudalisierung der Landwirtschaft verzögerte, desto schwieriger gestaltete sich in der Regel eine wachstumsfördernde Umverteilung des Grundbesitzes. Wo wiederum die Masse der Bevölkerung nicht ausreichend mit Boden ausgestattet werden konnte und am Rande des Subsistenzminimums lebte, waren der Entfaltung des Binnenmarkts und damit auch dem Aufbau einer importsubstituierenden Industrie enge Grenzen gezogen. Und wo schließlich die Industrie den ländlichen Arbeitskräfteüberschuß nicht aufzufangen vermochte, geriet die gesamte Volkswirtschaft in eine Sackgasse. Mehr noch: Je später der Versuch nachholender Industrialisierung gestartet wurde, desto größer war nicht nur der Abstand zur industriellen Führungsmacht, sondern desto größer war auch die Zahl derjenigen, denen der Entwicklungsdurchbruch bereits gelungen war. Oder anders ausgedrückt: Der internationale Kompetenzdruck war umso schärfer, je später die Reaktion der „Nachzügler“ erfolgte. Dies wiederum war für die Wahl der Mittel und Methoden nachholender Industrialisierung von ausschlaggebender Bedeutung.

In seinem 1952 erstmals veröffentlichten Aufsatz „Economic backwardness in historical perspective“ hat Alexander Gerschenkron eine Substitutionstheorie entworfen, die eine enge Relation zwischen dem Grad der ökonomischen Rückständigkeit und den zu ihrer Überwindung eingesetzten Mitteln herstellte³⁵⁾. Er ging davon aus, „daß die Entwicklung eines rückständigen Landes gerade wegen seiner Rückständigkeit in entscheidenden Aspekten grundlegend von der eines fortgeschritteneren Landes abweichen kann“ und wies am Beispiel Rußlands auf die Bedeutung der staatlichen Initiative als Ersatz für die unzureichende privatwirtschaftliche Dynamik hin. Trotz der von Berend und Ránki wiederholt geäußerten Kritik an der Gerschenkron'schen Typologie³⁶⁾ erscheint

^{33b)} D. Senghaas, op. cit., S. 85f. beschränkt sich auf einige kritische Bemerkungen zu Webers These von der protestantischen Ethik. Wesentlich aufschlußreicher sind die Ausführungen von A. Janos, op. cit., S. 11ff. über die Bedeutung der verschiedenen Konfessionen in Ungarn.

³⁴⁾ Ausführlich dazu I. Berend — G. Ránki, op. cit., S. 44ff.

³⁵⁾ Alexander Gerschenkron, *Economic backwardness in historical perspective*, in: *The progress of underdeveloped areas*, ed. by B. F. Hoselitz, Chicago 1952, S. 3—29; dt. Übersetzung: *Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive*, in: *Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte*, hrg. von Rudolf Braun [u. a.], Köln 1976, S. 59—78.

³⁶⁾ I. Berend — G. Ránki, op. cit., S. 62ff.; *idem*, *Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries*. New York, London 1974, S. 81ff.

diese nach wie vor geeignet, wesentliche Merkmale nachholender Entwicklung zutreffend zu beschreiben, zumindest wenn man den Zeitraum weiter spannt, als Berend und Ránki dies in dem vorliegenden Werk tun, und wenn man neben der Industrialisierung auch noch andere Aspekte des wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Wandels berücksichtigt³⁷⁾. Die Tatsache, daß der Staat in vielen Fällen die sich selbst gesetzte Aufgabe nicht erfüllte, ist noch kein Beweis gegen die Richtigkeit des Gerschenkronschens Modells. Dieses wird vielmehr durch den Aufbau überdimensionierter bürokratischer Apparate in weniger entwickelten Ländern (gleichsam in Umkehrung der ursprünglichen Sequenzenfolge für Westeuropa) eher bestätigt als widerlegt, wie Andrew Janos dies am Beispiel Ungarns eindringlich dargelegt hat^{37a)}.

Auch die von Senghaas entwickelte Typologie nachholender Entwicklung läßt sich mit den Gerschenkronschens Überlegungen in vielen Punkten durchaus vereinbaren. Hinsichtlich der europäischen Randländer (die früheren „Nachzügler“ müssen hier außer Betracht bleiben) unterscheidet Senghaas drei historisch aufeinander folgende Reaktionsweisen: 1. eine Kombination von assoziativen und dissoziativen Strategien, 2. den dissoziativ-staatskapitalistischen und 3. den dissoziativ-staatssozialistischen Weg³⁸⁾. „Assoziativ zu reagieren heißt, sich offen der [weltwirtschaftlichen] Herausforderung zu stellen und sich arbeitsteilig auf die überlegene Ökonomie auszurichten. Es handelt sich dabei um die freihändlerische Position. Dissoziativ ist eine Entwicklungsstrategie, die die Herausforderung annimmt und hinter mehr oder weniger weitreichenden Schutzmaßnahmen Anstrengungen zur Erschließung eigener binnenwirtschaftlicher Entwicklungspotentiale unternimmt, wobei internationale Konkurrenzfähigkeit nicht das richtungweisende Kriterium für Entwicklungsförderung ist³⁹⁾.“ Nach Auffassung von Senghaas bezieht sich die Freihandelsdoktrin „offensichtlich auf einen Sonderfall“, der auf die Mehrheit der nachholenden Länder nicht übertragbar sei⁴⁰⁾. Über einen Betrachtungszeitraum von zweihundert Jahren wird erkennbar, daß „das Ausmaß an dissoziativen Rahmenbedingungen für nachholende Entwicklung zugenommen“ habe. „Während anfänglich die Wahrscheinlichkeit autonomer nachholender Entwicklung, parallel zur englischen und/oder von dieser angestoßen, relativ hoch war, wurde Entwicklung, je mehr man sich der Gegenwart nähert, immer mehr und deutlicher zum Gegen-

³⁷⁾ Gewiß hat der Staat sowohl in Westeuropa wie in den Randländern die institutionellen Rahmenbedingungen der Entwicklung festgelegt, aber es macht doch einen erheblichen Unterschied, ob es sich dabei um historisch gewachsene Voraussetzungen oder um eine „Revolution von oben“ handelte.

^{37a)} A. Janos, op. cit., S. 92 ff. und passim. Zu Recht bemerkt Janos, S. XXII: „... there has been an unfortunate tendency throughout the past decades to place an undue emphasis on the processes of industrialization and commercialization at the expense of other processes, such as the bureaucratization of political life.“ Janos verweist in diesem Zusammenhang auf die grundlegende Arbeit von Fred Riggs, *Administration in Developing Countries*. Boston 1964.

³⁸⁾ D. Senghaas, op. cit., S. 48 ff.

³⁹⁾ Ibidem, S. 43.

⁴⁰⁾ Ibidem, S. 62.

stand gezielter, staatlich eingeleiteter und koordinierter Förderungsmaßnahmen⁴¹⁾.“ Dank einer wirksamen Agrarmodernisierung gelang es den skandinavischen Ländern über die exklavenhaft einsetzende Ausfuhr von Agrarprodukten und Rohstoffen in der assoziativen Phase die Voraussetzungen für eine breitenwirksame Erschließung des inländischen Entwicklungspotentials zu schaffen. Die nur mäßige Ungleichverteilung der Exportgewinne versetzte die Bevölkerung in die Lage, flexibel und mit privatwirtschaftlichen Methoden auf die Herausforderungen des Weltmarkts zu reagieren und durch den selektiven Einsatz von Schutzzöllen in der assoziativ-dissoziativen Phase die weitere Entfaltung der Produktivkräfte abzusichern. „Der Entwicklungserfolg Skandinaviens beruhte auf einer säkularen Anhebung der Totalproduktivität skandinavischer Ökonomien; Skandinaviens Gesellschaftsstruktur hat die Herausbildung struktureller Heterogenität verhindern helfen. Bei gleichen Weltmarktbedingungen, aber unter anderen lokalen Voraussetzungen hätte aus Skandinavien auch ein Südosteuropa, ein Stück Dritte Welt, werden können⁴²⁾.“

Die Staaten Ost- und Südosteuropas hätten sich infolge ihrer verspäteten oder steckengebliebenen Agrarmodernisierung⁴³⁾ oder aufgrund ihrer eingeschränkten politischen Handlungsfreiheit⁴⁴⁾ außerstande gesehen, dem skandinavischen Beispiel zu folgen. Hier mußte schließlich der kapitalistische oder sozialistische Staat mit mehr oder weniger Erfolg die Führungsrolle in der Durchbruchphase⁴⁵⁾ übernehmen⁴⁶⁾. Senghaas macht deutlich, daß er die staatssozialistische Strategie „unter widrigen internen und internationalen Bedingungen“ für eine erfolgreiche Methode beschleunigter nachholender Industrialisierung hält, die jedoch beim Übergang von der extensiven zur intensiven Wirtschaftsphase an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stößt: „Sobald sozialistische Gesellschaften die erste Entwicklungsphase hinter sich gebracht haben, stellen sich ... neue Probleme ein. Diese treten bei Gesellschaften, die (wie die

⁴¹⁾ Ibidem, S. 57.

⁴²⁾ Ibidem, S. 141.

⁴³⁾ Mit Blick auf Rumänien und Teile Griechenlands spricht Senghaas sogar von einer agrarischen „Gegenreform“, ibidem, S. 75. Zur rumänischen Entwicklung vgl. auch Daniel Chirot, *Social Change in a Peripheral Society. The Creation of a Balkan Colony*, New York u. a. 1976, S. 89 ff. Chirot mißt zwar der Einbeziehung der Walachei in das moderne Weltsystem — ganz im Sinne Wallersteins — eine wichtige Rolle bei der Peripherisierung dieser Region zu, betont jedoch — anders als Wallerstein und anders auch als der rumänische Sozialhistoriker Henri H. Stahl — die Bedeutung der internen Faktoren für diese Entwicklung.

⁴⁴⁾ Vgl. dazu weiter unten im Zusammenhang mit Serbien!

⁴⁵⁾ Während in Rußland nach Auffassung von Senghaas die dissoziativ-staatskapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte vor dem 1. Weltkrieg in die sozialistische Aufbaupolitik nach 1917/28 überging, erfolgte der Durchbruch zur „take off“-Phase in den südosteuropäischen Ländern erst nach dem 2. Weltkrieg unter sozialistischem Vorzeichen.

⁴⁶⁾ Vgl. dazu Senghaas, op. cit., S. 50 ff. (staatskapitalistische) und S. 277 ff. (staatssozialistische Strategie).

DDR und ČSSR) niemals peripherisiert waren, besonders frühzeitig auf, bei anderen Gesellschaften, die einen größeren Nachholbedarf hatten, zeigen sie sich später⁴⁷⁾.“

Die Untersuchungen von Senghaas und Berend/Ránki haben — wie ich meine — überzeugend deutlich gemacht, daß die Unterentwicklung souveräner Staaten auf lange Sicht nicht als bloße Folge ihrer Integration in eine asymmetrisch strukturierte, von den kapitalistischen Metropolen beherrschte Weltökonomie verstanden werden darf, sondern als Zeichen ausgebliebener oder fehlgeleiteter Produktivkraftentfaltung, die nicht zwangsläufig und ursächlich aus dem internationalen Verdrängungswettbewerb ableitbar ist. Alle drei Autoren verweisen immer wieder auf die Bedeutung interner Faktoren, ohne allerdings die damit verbundenen methodischen Fragen einer komparativen Analyse befriedigend lösen zu können. Es sind vor allem die gesellschaftlichen, institutionellen und kulturellen Unterschiede in der Ausgangssituation, die derartige Vergleiche so außerordentlich schwierig machen. Die Beseitigung latifundistischer Strukturen in der Landwirtschaft z. B. reicht selbst bei genügend vorhandenem Grund und Boden noch nicht unbedingt aus, um den Erfolg einer Agrarmodernisierung sicherzustellen. In wenig differenzierten Bauerngesellschaften ohne Bürgertum und ohne verbürgerlichte Adelsschicht mußte zunächst der schmerzhafteste Übergang von der „segmentären“ zur „komplexen“ Gesellschaft⁴⁸⁾ (oder wie Andrew Janos formuliert: von der „Gemeinschaft“ zur „Gesellschaft“) vollzogen werden, ein Prozeß, der durchaus „revolutionären“ Charakter haben konnte. Mit den herkömmlichen Modernisierungsindikatoren ist dieser Wandel aber nur teilweise und in jedem Fall unzureichend erfaßbar. Wer von hochaggregierten (in ihrer Zuverlässigkeit und Aussagekraft recht fragwürdigen) Daten des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung ausgeht⁴⁹⁾ und daraus auf den Industrialisierungsgrad und vom Industrialisierungsgrad auf die Intensität des Wandlungsprozesses schließt, wird diesen tiefgreifenden Veränderungen mit Sicherheit nicht gerecht. Über Erfolg oder Mißerfolg nachholender Entwicklung in Europa entschieden nicht allein ökonomische Daten und Verteilungsstrukturen. Für die „Modernisierung“ als Gesamtprozeß war die gesellschaftliche und institutionelle Revolution nicht weniger bedeutsam als die agrarische und industrielle Revolution. Den ersten Komplex (einschließlich der kul-

⁴⁷⁾ Ibidem, S. 297. Darüber hinaus behandelt Senghaas noch den Typ „nachholender Entwicklung bei Schwellenländern“ (S. 53f.). Die Konturen dieses Typs bleiben allerdings völlig unklar und sprengen das übrige Klassifikationsschema (möglicherweise ist eine stark verspätete Variante der assoziativen Strategie gemeint?). Es scheint, daß Senghaas diesen Typ aus Verlegenheit als eine Art „Residualgröße“ gewählt hat, um darin „Mischfälle“ unterbringen zu können. Von den südosteuropäischen Ländern wäre wohl Griechenland diesem Typ zuzurechnen.

⁴⁸⁾ Zur Bestimmung der von Émile Durkheim stammenden Begriffe s. Dieter Fröhlich, Nationalismus und Nationalstaat in Entwicklungsländern. Probleme der Integration ethnischer Gruppen in Afghanistan, Meisenheim am Glan 1970, S. 31ff.

⁴⁹⁾ Vgl. oben Anm. 13.

turellen Rahmenbedingungen) präziser zu fassen — wie dies etwa Andrew Janos für Ungarn versucht hat —, gehört zu den großen Aufgaben künftiger Vergleiche.

Nikola Vučo gibt in seinem oben erwähnten Werk aufgrund eingehender Recherchen in serbischen Archiven und im Deutschen Museum, München, eine detaillierte Darstellung der industriellen Entwicklung in Serbien vom Autonomiestatut 1830 bis zum Beginn des 1. Weltkrieges. Nach Produktionszweigen gegliedert schildert er den Übergang von der handwerklichen Produktion (im Rahmen des Zunftsystems und der Hauswirtschaft) zum „modernen“ Fabriksystem. Dieser Transformationsprozeß vollzog sich zunächst außerordentlich langsam, da es — abgesehen von den reichlich vorhandenen Rohstoffen und verhältnismäßig „billigen“ Arbeitskräften — an nahezu allen Voraussetzungen für einen raschen Aufschwung fehlte, an Humankapital ebenso wie an einem leistungsfähigen Transportsystem, vor allem aber an einem wirksamen Schutz vor der industriellen Konkurrenz der benachbarten Doppelmonarchie. Serbien blieb bis zum Beginn des Zollkrieges von 1906 der wirtschaftlichen Übermacht Österreich-Ungarns ausgeliefert und sah sich außerstande, eine dissoziative Entwicklungsstrategie zum Schutz der einheimischen Industrie durchzusetzen. Dennoch war die Regierung — beginnend mit dem Industrieförderungsgesetz von 1873 — nicht ohne Erfolg bemüht, die industrielle Investitionsbereitschaft zu stimulieren. Das Gesetz von 1873 und die verbesserte Neufassung von 1898 räumten inländischen und ausländischen Investoren eine Fülle von Vergünstigungen ein: kostenlose Bereitstellung und Nutzungsrechte an dem Boden, auf dem die Fabrik errichtet wurde, Zollbefreiung bei der Einfuhr von Investitionsgütern, Befreiung von steuerlichen Abgaben, zeitlich begrenzte Produktionsmonopole, staatliche Abnahmepreise über dem Weltmarktniveau u.ä. Darüber hinaus trat der Staat als Hauptantriebskraft bei der Errichtung eines Kreditsystems auf, trug die Lasten aus der vertraglichen Verpflichtung zum Eisenbahnbau⁵⁰⁾ und unterstützte den Aufbau einer einheimischen Rüstungsindustrie (in Kragujevac) durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln. Die von Vučo eingehend dargestellte Geschichte der einzelnen Fabriken macht immer wieder die überragende Rolle der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen — ganz im Sinne von Gerschenkrons Substitutionstheorie — deutlich. Seit 1873 und verstärkt seit 1898 beschleunigte sich die industrielle Entwicklung in Serbien und erfuhr während des erfolgreich durchgestandenen Zollkrieges gegen Österreich-Un-

⁵⁰⁾ Über die Bedeutung des Eisenbahnbaus in den Balkanländern während des 19. Jahrhunderts gehen die Meinungen nach wie vor stark auseinander. Senghaas (S. 83) spricht von einer „Fehlinvestition“ bzw. von einer „Verschwendung knapper Ressourcen“ (in Anlehnung an A. S. Milward — S. B. Saul, *Development of the Economies of Continental Europe, 1850—1914*, London 1977, Kap. 8). Scharf ablehnend auch Peter F. Sugar, *Railroad Construction and the Development of the Balkan Village in the Last Quarter of the 19th Century*, in: *Der Berliner Kongreß*, op. cit., S. 485—497. Die entgegengesetzte Position vertreten Berend — Ránki, S. 100f. und Vučo, S. 122ff.

garn (1906—1911)⁵¹⁾ noch einmal eine deutliche Dynamisierung. Der Bergbau und die Verhüttungsindustrie (meist gestützt auf ausländisches Kapital) waren am industriellen Ausbau Serbiens ebenso beteiligt wie die Rüstungsindustrie, die landwirtschaftliche Veredelungswirtschaft und die importsubstituierende Konsumgüterindustrie.

Mit Rücksicht auf die Problematik makroökonomischer Daten aus dieser Zeit entzieht sich Vučo allerdings dem Versuch, die Ergebnisse der Industrialisierung quantitativ zusammenzufassen. Doch weist er mit Nachdruck darauf hin, daß es sich nicht um eine exklavenhafte Industrialisierung gehandelt, daß es vielfältige Verkettungen und Rückkoppelungen mit anderen Wirtschaftsbereichen gegeben und daß die technologische Ausstattung der serbischen Fabriken in der Mehrheit der Fälle — dank umfangreicher Maschinenimporte aus Deutschland — dem damaligen Höchststand entsprochen habe. Ob man angesichts dieser Feststellungen von einer „industriellen Revolution“ in Serbien sprechen kann, bleibt allerdings ein Definitionsproblem. Die „take off“-Phase wurde mit Sicherheit nicht — nicht einmal annähernd — erreicht, — aber von einer „präindustriellen“ Stagnation (Ránki) kann wohl ebenfalls keine Rede sein, zumindest nicht in den ersten anderthalb Jahrzehnten dieses Jahrhunderts.

Vučos Arbeit hat den Reichtum sorgfältig recherchierter Details für sich, aber es fehlt ihr ein vergleichender Bezugsrahmen. Die Ergebnisse schweben gleichsam in der Luft, und es fällt schwer, sie zum Zweck komparativer Betrachtung zu verankern. Die Ausflüge in die allgemeine Technikgeschichte Westeuropas und der gelegentliche Rekurs auf Marx enthalten keine neuen Erkenntnisse und tragen nichts zum besseren Verständnis nachholender Entwicklung bei. Gemessen am Niveau der hochindustrialisierten Länder — aber auch gemessen am Niveau Ungarns — waren die in Serbien erzielten Ergebnisse in der Tat bescheiden, bescheiden auch im Hinblick auf das rasche Bevölkerungswachstum; gemessen jedoch an den restriktiven und modernisierungsabweisenden Ausgangsbedingungen in einer zunächst noch stark segmentierten Gesellschaft hatte sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein bedeutender Wandlungsprozeß vollzogen⁵²⁾. Die Industrialisierung war nur ein — und vielleicht nicht einmal der wichtigste — Aspekt dieses Prozesses, dessen vielfältige Verknüpfungen nach wie vor der Aufhellung bedürfen.

Ferdinand Hauptmann kommt der Lösung dieses Fragenkomplexes insofern näher, als er sich nicht auf die Industrialisierung in Bosnien-Herzegovina wä-

⁵¹⁾ Vgl. dazu ausführlich Dimitrije Djordjević, *Carinski rat Austro-Ugarske i Srbije 1906—1911*, Beograd 1962.

⁵²⁾ Wer einmal die berühmte — 1872 erstmals veröffentlichte und seither immer wieder nachgedruckte — Schrift des serbischen Populisten und Sozialisten Svetozar Marković „*Srbija na istoku*“ (Serbien im Osten) gelesen hat, der bekommt eine ungefähre Vorstellung von dem geradezu revolutionären Wandel in der serbischen Gesellschaft. Der Autor setzt sich kritisch mit dem Prozeß der „Verwestlichung“, insbesondere mit der damit verbundenen Bürokratisierung und Versachlichung der Sozialbeziehungen und der Auflösung der patriarchalischen Gesellschaftsordnung auseinander.

Probleme der Industrialisierung und der nachholenden Entwicklung

rend der Jahre 1878 bis 1914 beschränkt, sondern die ganze Spannbreite wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsproblematik am Beispiel eines extrem rückständigen Landes zu verdeutlichen sucht. Auch nach der Okkupation beider Provinzen durch Österreich-Ungarn war die bosnisch-hercegovinische Verwaltung gezwungen, ein eigenständiges Entwicklungsprogramm zu erarbeiten, da sich die Doppelmonarchie nicht bereit fand, für ihr europäisches Mandat und für ihren außenpolitischen Erfolg einen entsprechenden Preis zu zahlen. Ihr Anspruch, Bosnien und die Hercegovina zu einem „Modell“ für die Entwicklung der Balkanländer zu gestalten, blieb ohne materielle Fundierung: In einem parallelen österreichischen und ungarischen Gesetz von 1880 wurde der Grundsatz aufgestellt, daß sich die okkupierten Provinzen in der Regel aus eigenen Kräften erhalten müßten. Diese Verpflichtung zur Selbstfinanzierung zwang das mit der Verwaltung beauftragte österreichisch-ungarische Finanzministerium zur Erschließung der inländischen Ressourcen mit landeseigenen Mitteln. Angesichts der quasifeudalen Agrarverfassung, der völlig unerschlossenen Infrastruktur sowie des Mangels an Kapital und privater Unternehmerinitiative glich die Lösung dieser Aufgabe der Quadratur des Kreises.

Nachdem der Kaiser in einer Proklamation vom 28. Juli 1878 die Respektierung der überkommenen Gesetze und Einrichtungen versprochen hatte, konnte der günstige Augenblick für eine rasche Liquidierung der osmanischen Agrarordnung nicht genutzt werden. Die in der Folgezeit angestrebte evolutionäre — auf dem Grundsatz des fakultativen Loskaufs beruhende — Umstrukturierung der Bodenbesitzverhältnisse erwies sich in anbetracht der geringen Kapitalkraft der Erbpachtbauern (Kmeten) sowohl in ökonomischer als auch in sozialer und politischer Hinsicht als unzureichend, da dadurch die Errichtung freier Bauernwirtschaften in eine ungewisse und ferne Zukunft verzögert wurde. (Fachleute haben ausgerechnet, daß sich die Bauern Bosniens und der Hercegovina auf Grund des Gesetzes über die fakultative Ablöse von 1911 und des tatsächlichen Loskaufs erst im Jahre 2025 vom Kmetenverhältnis befreit hätten!)⁵³⁾ Eine obligatorische Ablöse scheiterte dagegen an der Kapitalarmut der Provinzverwaltung und am Prinzip der Selbstfinanzierung. Die „fiskalische Kleinlichkeit“ des bürokratischen Apparats der Doppelmonarchie machte somit eine erfolgreiche Agrarmodernisierung in den okkupierten Gebieten unmöglich. „Die österreichisch-ungarische Politik hat sich eher durch die Selbstfinanzierungsverpflichtung als durch das Okkupationsmandat die Hände dermaßen gebunden, daß jede programmatische Politik illusorisch sein mußte⁵⁴⁾.“ Da auch die islamischen Großgrundbesitzer (die Agas und Begs) — von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen — keinerlei ökonomische Initiative entfalteten, sondern ihre Feudalrente weiterhin konsumierten, die Kmeten andererseits infolge ihrer Abgabepflichtung vom Bruttoertrag ökonomisch destimuliert wurden, blieb die agrarische Basis zu schwach, um als Träger großer Reformvorhaben fungieren zu können. „Die Aktion des Staates/der Verwaltung in Richtung einer rascheren

⁵³⁾ Vgl. F. Hauptmann, op. cit., S. 103. Zum gesamten Komplex der Agrarverhältnisse s. ibidem, S. 90ff.

⁵⁴⁾ Ibidem, S. 109.

und stärkeren Industrialisierung fand ihre Grenzen in den beschränkten Mitteln, die ihr die agrarisch unterentwickelte, arme Basis bieten konnte⁵⁵).“

Dennoch war die Verwaltung bestrebt, aus dieser Sackgasse auszubrechen. Sie befand sich insofern in einer besonderen Lage, als sie durch die Okkupation in den Besitz des Großteils der Wälder und Bodenschätze gelangt war. „Dadurch wurde sie nicht nur zum größten Besitzer, sondern notgedrungen auch zum ersten und wichtigsten Unternehmer⁵⁶).“ Ihre Rolle in der Wirtschaftsgeschichte Bosniens und der Hercegovina entsprach fast idealtypisch dem Gerschekronschen Erklärungsansatz. Da es weder einheimische Unternehmer noch Banken gab, übernahm der Staat bzw. die Administration die Rolle des Demiurgen der ökonomischen Entwicklung: beim Ausbau der Infrastruktur ebenso wie bei der Erschließung der reichen Bodenschätze und bei der Errichtung erster industrieller Zentren um Vareš, Zenica und Tuzla. Obwohl Bosnien-Hercegovina bereits 1880 in das österreichisch-ungarische Zollgebiet eingegliedert worden war, blieb die Landesverwaltung darauf bedacht, die beiden Provinzen nicht zu bloßen Rohstofflieferanten für die weiter entwickelten Reichsteile verkommen zu lassen. In geschickter Anwendung assoziativ-dissoziativer Methoden nutzte sie ihren engen Spielraum, um die Eigeninteressen der okkupierten Gebiete zu wahren. Der ärarische Waldfonds diente ihr dabei als Ausgangspunkt für den industriellen Aufbau. Indem die Verwaltung das eigene Holz zu Regiepreisen abgab, reduzierte sie die industriellen Produktionskosten und schuf die Voraussetzungen für eine stärker binnendynamische Entwicklung.

Die zwischen 1893 und 1899 errichteten Hochöfen von Vareš arbeiteten beispielsweise mit der Holzkohle, „die aus den ärarischen Wäldern gewonnen und von ärarischen Forstbetrieben um den reinen Erzeugerpreis abgegeben wurde. Im weiteren Verlauf waren ... die Errichtung und der Betrieb der Holzdestillation in Teslić nur möglich, weil das Destillationsholz von den ärarischen Forstbetrieben wiederum nur um den Erzeugerpreis, in dem der Holzwert im Walde überhaupt nicht einberechnet war, geliefert wurde. Diese Holzdestillation in Teslić mußte aber ihrerseits ihr neues Produkt, Retortkohle, an Vareš auch zu einem Mindestpreis abgeben. So finanzierten die bosnisch-hercegovinischen ärarischen Wälder die Holzdestillation in Teslić und das Eisenwerk in Vareš, wobei der ärarische Forstbetrieb in diesem Falle kein Wirtschaftsunternehmen darstellte, das auf Profit, sondern nur auf Serviceleistung für die übrige Industrie unter Berücksichtigung lediglich der eigenen Produktionskosten ausgerichtet war⁵⁷).“ Oder anders ausgedrückt: der Administration in Bosnien-Hercegovina ging es bei ihren unternehmerischen Initiativen nicht um die kurzfristige Realisierung von Gewinn, sondern um eine langfristige, auf Verkettung der verschiedenen Wirtschaftssektoren orientierte Entwicklungsstrategie mit Hilfe jener bescheidenen Mittel, über die die okkupierten Provinzen im Rahmen der Selbstfinanzierung verfügten.

In diesem Bestreben zeigte sich das österreichisch-ungarische Finanzministerium effizienter als die meisten Regierungen in den souveränen Balkanstaaten.

⁵⁵) Ibidem, S. 67 f.

⁵⁶) Ibidem, S. 2.

⁵⁷) Ibidem, S. 43.

Probleme der Industrialisierung und der nachholenden Entwicklung

Ihr Konzept erwies sich trotz der zunehmenden Konflikte mit den Lobbyisten beider Reichshälften als durchaus erfolgversprechend. Hätte sich die Doppelmonarchie rechtzeitig zu einer radikalen Agrarmodernisierung entschließen können (die Voraussetzungen dafür waren insofern günstig, als Bosnien und die Hercegovina noch nach der Jahrhundertwende über größere Bodenreserven verfügten als die anderen südosteuropäischen Länder), so hätte nicht nur viel politischer und sozialer Sprengstoff entschärft werden, sondern tatsächlich ein „Modell“ für die Modernisierung der Balkanländer entstehen können.

Oblgleich auch Ferdinand Hauptmann auf einen komparativen Bezugsrahmen verzichtete, bietet seine Untersuchung — etwa in den Abschnitten über die mißglückte Agrarmodernisierung, die Rolle des Staates und die wechselseitige Verflechtung der einzelnen Wirtschaftssektoren — doch eine Fülle von Anregungen für künftige entwicklungsgeschichtliche Vergleiche, für die die Ansätze von Senghaas und Berend/Ránki ebenso unverzichtbar sind wie weitere Detailuntersuchungen in der Form von Fall-Studien.